



**Die deutsche Vereinigung in Akademia:
West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess
der Universität Potsdam
1990–1994**

Von Barbara Marshall

BARBARA MARSHALL

Die deutsche Vereinigung in Akademia:
West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess
der Universität Potsdam
1990–1994

Zeitgeschichtliche Forschungen

Band 49

Die deutsche Vereinigung
in Akademia: West- und Ostdeutsche
im Gründungsprozess
der Universität Potsdam
1990–1994

Von

Barbara Marshall



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlag: Blick auf die Bereichsbibliothek
und das Historische Institut der Universität Potsdam
auf dem Gelände des Park Sanssouci
(© akg-images / euroluftbild.de)

Alle Rechte vorbehalten
© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Fotosatz Voigt, Berlin
Druck: CPI buchbücher.de, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0582-0200
ISBN 978-3-428-14876-9 (Print)
ISBN 978-3-428-54876-7 (E-Book)
ISBN 978-3-428-84876-8 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die Geschichte der Universität Potsdam begann mit dem Ende der Pädagogischen Hochschule Karl Liebknecht; sie stand unter der direkten Aufsicht von Margot Honecker. Schon diese Namen zeigen, was seit 1990/1991 in den Räumen des Neuen Palais und denjenigen der Hochschule für Staat und Recht am Griebnitzsee, die als juristische Fakultät gleichfalls Teil der Universität wurde, zu leisten war. Selten sind gegensätzlichere Vorstellungen von Hochschulbildung in einer Institution zusammengeführt worden – hier die ausdrücklich parteiliche Ausbildung von Pädagogen und Juristen, dort die einem demokratischen Gemeinwesen verpflichtete, auf Vielfalt und Meinungsdiskurs konzentrierte Hochschulbildung. Entsprechend holprig, sperrig und mühevoll war der Weg, der von allen Beteiligten gegangen werden musste. Denn der brandenburgische Plan der Universitätsreform bzw. Neugründung von Universitäten nach der Wiedervereinigung sah anders als etwa in Thüringen ausdrücklich die Integration aller vorhandenen Hochschulangehörigen vor. Nur in den Fällen direkt nachweisbarer politischer Verfolgung Andersdenkender wurden die daran beteiligten Hochschullehrer und Mitarbeiter aus der vergangenen DDR versetzt, selten ganz entlassen.

Für die neue Universität waren damit schwierige Rahmenbedingungen vorgegeben, unter denen das Kriterium wissenschaftlicher Qualifikation als Voraussetzung der Teilhabe an einer akademischen Bildungsstätte immer wieder neu verteidigt und durchgesetzt werden musste. Und zwar vor allem von Seiten der Hochschullehrer, die z. B. in der Geschichtswissenschaft aus der alten Bundesrepublik berufen worden waren. Von etlichen Mitarbeitern und Hochschullehrern aus der alten PH und aus der Hochschule für Staat und Recht wurden sie als Besatzer empfunden.

Barbara Marshall hat sich 25 Jahre nach diesem anstrengenden, letztlich aber glücklichen Umbruch der Geschichte dieser Gründungsphase zugewandt. Das hier vorgelegte Buch ist ein unverzichtbarer, wichtiger Beitrag zur Charakterisierung und Bewertung der ersten Jahre jener Zusammenarbeit, die vielfach eher einem Zusammenraufen zwischen „Wessis“ und „Ossis“ an der neuen brandenburgischen Hochschule glich. Keiner der daran Beteiligten war ja auf diese Lebensaufgabe vorbereitet!

Viele der von auswärts berufenen Hochschullehrer gehörten einer Generation an, die in durchaus wacher Aufmerksamkeit dem Staat der alten Bundesrepublik gegenüberstand, aber auch stolz darauf war, in der ersten Demokratie auf deutschem Boden, die länger als 15 Jahre dauerte, aufgewachsen zu sein. Viele der

aus der alten DDR stammenden Hochschullehrer und Mitarbeiter dagegen waren im hierarchisch geordneten und autoritären real existierenden Sozialismus aufgewachsen, in ihm waren sie mit ihren Lebensentwürfen und Berufschancen fest verankert. Wen wundert es unter diesen Voraussetzungen, dass die neuberufenen Hochschullehrer Skrupel hatten, strikte Maßstäbe wissenschaftlicher Qualität anzulegen, politische Indoktrination als solche zu benennen, wenn sie Lebenswege zu zerstören drohten?

Diese Probleme zeigten sich natürlich in einer Disziplin wie der Geschichtswissenschaft, die im Sozialismus als hochideologisierte Legitimationswissenschaft gedient hatte, ganz besonders scharf. Andere Disziplinen, vor allem in den Naturwissenschaften, sahen sich weniger großen Problemen gegenüber.

Frau Marshall hat sich der Gesamtproblematik in mustergültig gründlicher Recherche u. a. in Gestalt von Zeitzeugenbefragungen und der Aufarbeitung großer Aktenbestände gewidmet. Es ist ein lesenswertes, klar und präzise formuliertes Buch entstanden, eine Grundlage gewiss auch für viele noch zu schreibende Arbeiten, die sich der Wiedervereinigung des Bildungswesens nach 1991 widmen werden. Dieses Buch ist eine gelungene erste Bestandsaufnahme, aus der auch ich selbst, als eine derjenigen, die nach Potsdam aus den alten Bundesländern berufen wurde, sehr viel gelernt habe. Von manchen der Entwicklungen, die im Hintergrund stattgefunden haben, habe ich erstmals durch die Analysen von Frau Marshall erfahren und weiß, wie wenig machtbewusst, vielmehr „blauäugig“ ich in diese Aufgabe hineingegangen bin.

Neben den eher ernüchternden Kämpfen um den Verbleib im Amt und den bald einsetzenden Machtkämpfen innerhalb der neu zu gestaltenden Universität bleibt zumindest für mich ein positiver Gesamtblick. Die Studenten nämlich, die uns zu Beginn höchst skeptisch gegenüberstanden, sind dem Angebot einer offenen Debatte letztlich mit Interesse gefolgt. Und unter den Kollegen im Historischen Institut herrschte nach den schwierigen Anfängen zuletzt eine Stimmung des gemeinsamen Aufbruchs und des Respekts – Wiedervereinigung war gerade auch für Historiker ein langer Lernprozess!

Frankfurt/M., 7. Dezember 2015

Prof. Dr. Luise Schorn-Schütte

Inhalt

A. Einführung in das Projekt	11
I. Entstehung und Fragestellung	11
II. Quellen und Danksagungen	14
B. Hintergrund: Brandenburg und die Bedeutung von Hochschulgründungen	19
C. Entwicklungen in den Jahren 1989–1991: „Selbsterhalt durch Selbstreform?“	25
I. Die Potsdamer Institutionen und die Ereignisse 1989/90	25
II. Die DDR-Akademie für Staat und Recht und die Hochschule für Recht und Verwaltung	28
III. Von der PH zur Brandenburgischen Landeshochschule (BLHS): Universitätsgründung als Überlebensstrategie	35
IV. Entwicklungen an der BLHS	43
D. Der rechtlich-politische Rahmen der Universitätsgründung	56
I. Der Einigungsvertrag (EV) als bundespolitischer Bezugspunkt	56
II. Die Landespolitik Brandenburgs	60
III. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)	63
E. West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität 1991–1994 ..	66
I. Der (mehrheitlich) westdeutsche Gründungssenat in ostdeutschen Strukturen	66
II. Der westdeutsche Beitrag: Die Universitätsstruktur	77
1. Die Entwicklung	77
Exkurs I: Die Strukturkommissionen Politik-/Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaft	87
a) Politik-/Sozialwissenschaften	87
b) Die Geschichtswissenschaft	90
Exkurs II: Das Verhältnis der UP zu den Einrichtungen in Berlin	93
2. Die Gründungskonzeption	94
F. Das zentrale Problem der Universität: die Personalfrage	109
I. Ostdeutsche Prioritäten: Der Erhalt der Arbeitsplätze	109
1. Die Problemlage	109
2. Hintergrund: Die Situation an der BLHS	113
II. Die Entwicklung nach der Universitätsgründung	120
1. Die Überleitung der Professoren	120

2. Die Überleitung des Mittelbaus	126
III. West- und ostdeutsche Interessen: Die Berufungen	137
1. Allgemeines	137
2. Besonderheiten im Berufungsprozess	141
IV. Die Herausforderung einer möglichen Personalerweiterung	150
1. Die Integration der Pädagogischen Abteilung der Universität Cottbus (UC)	150
2. Die Integration der Wissenschaftler der DDR-Akademie der Wissen- schaften (AdW)	152
3. Die Personalentwicklung	158
G. Die UP und ihre politische Vergangenheit	163
I. Hintergrund: die Landespolitik	163
II. Die politischen Evaluierungen	167
III. Eine Beurteilung	178
H. Die neue Universität	185
I. Schlussbemerkungen	195
Bibliographie	203
Index	211

Abkürzungen

AdW	Akademie der Wissenschaften (DDR)
AFU	Archiv der Freien Universität
AG	Arbeitsgemeinschaft
apl.	außerplanmäßig
AQAS	Agentur für Qualitätssicherung durch Akkreditierung von Studiengängen
AS	Allgemeine Sprachwissenschaft
ASR	Akademie für Staat und Recht
BA	Bundesarchiv
BFW	Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft
BK	Berufungskommission
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BLHS	Brandenburgische Landeshochschule
BLU	Brandenburger Landesuniversität
BRB	Brandenburg
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BWL	Betriebswirtschaftslehre
CHE	Centrums für Hochschulentwicklung
DA	Deutschlandarchiv
DESY	Deutsches Elektronen-Synchrotron (Helmholtz Institute)
DHV	Deutscher Historikerverband
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FhG	Fraunhofer Gesellschaft
GEW	Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
GFZ	Geoforschungszentrum Potsdam
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
GKSS	Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt (Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren)
HA	Handakte
HI	Historisches Institut
HN	Potsdamer Hochschulnachrichten
HPI	Hasso-Plattner-Institut
HRG	Hochschulrahmengesetz
HRV	Hochschule für Recht und Verwaltung, Potsdam
HSG	Hochschulgesetz

HSK	Hochschulstrukturkommission
IfL	Institut für Lehrerbildung
IIB	Institut für Internationale Beziehungen (in der ASR)
KAI	Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
KMK	Kultusministerkonferenz
kw	„kann wegfallen“
LHK	Brandenburgische Landeskommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen
LSK	Landesstrukturkommission
MAZ	Märkische Allgemeine Zeitung
M-L	Marxismus-Leninismus
MMZ	Moses Mendelssohn Zentrum
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
MVst	Märkische Volksstimme
MWFK	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Brandenburg
ND	Neues Deutschland
OK	Organisationskommission
OSI	Otto-Suhr-Institut, Freie Universität, Berlin
PHP	Pädagogische Hochschule, Potsdam
PM	Potsdamer Modell der Lehrerbildung
PNN	Potsdamer Neueste Nachrichten
PR	Personalrat
PWIB	Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen (der HRV)
RVO	Rechtsverordnung
SK	Strukturkommission
SZ	Sprachenzentrum
UAFU	Universitätsarchiv Freie Universität, Berlin
UAP	Universitätsarchiv Potsdam
UC	Universität Cottbus
ÜK	Überleitungskommission
VWL	Volkswirtschaftslehre
WIP	Wissenschaftler-Integrations-Programm
ZK	Zentralkomitee
ZZF	Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung, Potsdam

A. Einführung in das Projekt

I. Entstehung und Fragestellung

Die vorliegende Untersuchung war ursprünglich als Beitrag zu den Transformationsstudien geplant, wie sie für die Universität Leipzig oder die HU Berlin bereits vorliegen.¹ Über die Universität Potsdam (UP) gab es keine vergleichbare Studie. Im Laufe der Vorarbeiten erwies es sich jedoch, dass in Potsdam eine ganz andere Problemlage bestand. Denn hier, wie auch im neu geschaffenen Land Brandenburg (BRB) allgemein, hatte es bis zu diesem Zeitpunkt keine Universitäten gegeben. Von Anfang an spielten in dem trotz der in der DDR forcierten teilweisen Industrialisierung noch immer agrarisch bestimmten Land die zu schaffenden Hochschulen auch strukturpolitisch eine wichtige Rolle: sie würden Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig begann die sich ebenfalls im Aufbau befindende Landesregierung unter Ministerpräsident Manfred Stolpe den sogenannten „Brandenburger Weg“ in der Personalpolitik, d.h. der Bewahrung bestehender Stellen so weit wie möglich.

In Potsdam bestanden bis zum Ende der DDR drei Einrichtungen zur Ausbildung ihrer Eliten: die sogenannte „Juristische Hochschule (JHS)“, als militärische Hochschule konzipiert, diente der Weiterbildung von Offizieren der Staatsicherheit.² Die Akademie für Staat und Recht (ASR), später Hochschule für Recht und Verwaltung (HRV), bildete die leitenden Kader der Verwaltung, Wirtschaft und Rechtsprechung aus und war direkt dem Ministerrat und Politbüro unterstellt. Das sich in der ASR befindliche „Institut für Internationale Beziehungen“ (IIB) hatte die Aufgabe, die DDR-Diplomaten zu schulen und war de iure dem Außenministerium unterstellt, de facto jedoch vom ZK der SED abhängig. Die Pädagogische Hochschule (PHP „Karl Liebknecht“) war aus einer bis in die 1950er Jahre bestehenden, universitätsähnlichen Brandenburgischen Landeshochschule (BLHS) hervorgegangen, die dann zur größten Lehrerausbildungseinrichtung der DDR entwickelt worden war. Als solche war sie verantwortlich für die Ausformung „sozialistischer Persönlichkeiten“, wie sie die Reformen von 1968

¹ Siehe *Mayntz* (Hrsg.), 1994, für eine erste Übersicht der Entwicklung an den Universitäten Jena, Humboldt Universität Berlin, Rostock, Leipzig und Halle-Wittenberg; *von Hehl u. a.*; *Jarausch* (2011); *Pasternack* (1999).

² Die Bezeichnung der JHS war irreführend, denn sie hatte nichts mit einer „juristischen“ Ausbildung zu tun. So verlieh sie beispielsweise dem Spion Günther Guillaume, der den Rücktritt von Bundeskanzler Brandt herbeiführte, 1985 die Ehrendoktorwürde (Exponat im Haus der Geschichte, Bonn).

zum Ziel jeder Hochschulbildung erklärt hatten. Sie war „Margots Lieblingskind“. Alle drei Einrichtungen waren politisch und gesellschaftlich besonders eng mit der DDR verbunden bzw. von SED-Dogmen durchdrungen. Das MfS war hier zahlreich vertreten. Es handelte sich in den Worten des letzten Rektors der PHP um „rote Hochschulen“.

Nach dem Ende des SED-Regimes wurde die JHS im Dezember 1989 abgewickelt und die ASR im März 1990 in die HRV umgebildet. Im September 1990 wandelte sich die PH in die BLHS zurück, in die ab Anfang 1991 die Reste der nunmehr ebenfalls abgewickelten HRV eingegliedert wurden.

Damit entstand eine Institution mit im WS 1990/91 insgesamt 1339 Mitarbeitern,³ die aufgrund Beschluss der Landesregierung durch die Berufung eines mehrheitlich westdeutschen Gründungssenats (GS) in eine auch im Westen anerkannte Universität umgewandelt werden sollte, bei gleichzeitiger Befolgung des „Brandenburger Wegs“ in der Personalpolitik. In Potsdam trafen daher Ost- und Westdeutsche direkt in einer Art aufeinander, wie dies an anderen Universitäten nicht geschah. Denn in der frühen Phase der Universitätsgründung standen eine relativ kleine Zahl zum Teil idealistischer Westdeutscher Angehörigen bis dahin erfolgreicher DDR-Institutionen gegenüber, die oft von Elitebewusstsein, nun aber auch bitterer Enttäuschung und persönlicher Verletztheit gekennzeichnet waren. Hinzu kam ein westdeutscher Kultusminister, Hinrich Enderlein (FDP). Wie aus diesem Gemisch von unterschiedlichen Traditionen, Denkmustern und Erfahrungen dennoch in Potsdam eine Universität entstand, steht im Mittelpunkt der Analyse.

Mit dem Ende des SED-Regimes kam für die Mitglieder der Institutionen zunächst der Absturz bzw. eine Phase großer Unsicherheit. Viele blickten mit Stolz auf ihre persönliche vergangene Leistung, aber auch auf die ihres Staates zurück. Dies erklärt ihr besonderes Selbstbewusstsein, wie sie allein im Sprachgebrauch zur Beschreibung der Potsdamer Vorgänge deutlich wird. Für sie handelte es sich bei der UP um eine „Umgründung“ oder „Weiterentwicklung“ der bereits in Potsdam bestehenden Institutionen. Die Westdeutschen hingegen sprachen von „Neugründung“, d.h. man war häufig mit der Vorstellung nach Potsdam gegangen, hier radikal Neues aufbauen zu können. Dies musste den Ostdeutschen von Anfang an als Abwertung ihrer Lebensleistung erscheinen.

Diesen Ostdeutschen standen in der Regel wohlmeinende westdeutsche Wissenschaftler gegenüber, die, wie gesagt, in Potsdam gleichsam „auf der grünen Wiese“ eine neue Universität aufbauen wollten. Sie wussten anfangs nichts von den Potsdamer Gegebenheiten. Ein Aspekt der Analyse wird die Frage sein, welche Kontinuitäten zwischen der UP und den Vorgängerinstitutionen bestehen blieben, und wo ein deutlicher Neuanfang stattgefunden hat.

³ Rechenschaftsbericht des Gründungssenats von 1994, S. 125.

Die Tatsache, dass die beiden „Lager“ der Ost- und Westdeutschen von derart gegensätzlichen Voraussetzungen ausgingen, gab der Rolle des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) besonderes Gewicht. Der zuständige Minister personifizierte gleichsam die beiden Positionen. So beabsichtigte er, wie die westdeutschen Wissenschaftler in Potsdam, eine hervorragende Universität zu schaffen, was die Einstellung junger Wissenschaftler einschloss, die kurzfristig gute Forschungsleistungen erbringen konnten. Gleichzeitig war er aber auch der Brandenburger Landespolitik und besonders dem „Brandenburger Weg“ in der Personalpolitik verpflichtet, d.h. dem Ziel, möglichst viele Arbeitsplätze zu retten. Dies bedeutete konkret, die ostdeutschen Mitarbeiter der UP so weit wie möglich zu schützen. Mit diesem Spagat unterschied sich der Brandenburger Minister grundlegend von seinen ostdeutschen Kollegen in den anderen Neuländern, die weitaus radikaler bei Entlassungen voringen. Eine Lösung seines Dilemmas war die schnelle Verabschiedung des Brandenburger Hochschulgesetzes durch den Landtag, das der UP möglichst weitgehende Autonomie zusicherte. Hier ist die Frage, in welchem Umfang und auf welche Weise Leitungsfunktionen vom Ministerium ausgingen.

In der entstehenden UP bestand somit eine „Dreifaltigkeit“ der Kräfte: das ostdeutsche Personal aus den Vorgängerinstitutionen, die westdeutschen Wissenschaftler und das MWFK. Ihr Kräfteverhältnis soll anhand einer Reihe von Aspekten untersucht werden: zunächst in der Arbeit des Gründungssenats (GS): wie konnte er im Potsdamer Umfeld funktionieren? Auch die von ihm eingesetzten Kommissionen, die die Strukturen ausarbeiten und die Berufungen vorbereiten sollten, standen im west- und ostdeutschen Interessengegensatz bzw. mussten mit einer ostdeutschen Verwaltung arbeiten. Wie ging die junge Universität mit dem Problem des übergroßen Personalbestands um, und gelang es, diesen zu reduzieren? Wo konnten sich westdeutsche Vorstellungen durchsetzen, und wo die Ostdeutschen ihren Besitzstand wahren?

Im Mittelpunkt der auch öffentlich und in den Medien geführten Kritik der neuen UP stand deren Umgang mit ihrer politischen Vergangenheit. Angesichts der vormals vorherrschenden starken Stellung von SED und des MfS in Potsdam war dies ein schwieriges Problem. Hier war das MWFK besonders in der Pflicht, mit dem Ziel, den etwaigen Selbstreinigungsprozess der UP bzw. Initiativen zur Wiedergutmachung vormaligen Unrechts, zu unterstützen, wie dies in den Einrichtungen der anderen Neuländer geschah. Gerade in diesen Fragen musste sich die widersprüchliche Situation des Ministeriums besonders zeigen. Die Arbeit untersucht, welche Ergebnisse in Potsdam erzielt wurden.

Sodann soll das Verhältnis von West- und Ostdeutschen an folgenden Fragen geprüft werden: Kam es in Potsdam zu einem Elitenaustausch? Wie hoch war in Potsdam der Grad der an anderen ostdeutschen Universitäten so dramatischen Entlassungen? Kam es andererseits zu Rehabilitierungen der zahlreichen von den Potsdamer Hochschulen Geschädigten?